

## Mauergeschichte(n)

Was war am 13. August 1961, und was ging dem Tag voraus? Gespräch mit Hein Friedriszik, Oberst der Nationalen Volksarmee a. D., zuständig vor 50 Jahren für den Grenzabschnitt zwischen Reichstag und Berlin-Treptow **12 Seiten extra**



### Jugendrandale

Unruhen in Großbritannien sind Folge gesellschaftlicher Zerrüttung durch neoliberale Politik. Interview **2**

### Antifablockade

Amoklauf der Dresdner Justiz: Razzia bei Jugendpfarrer in Thüringen soll parlamentarisches Nachspiel haben **3**

### Rechtsausleger

In der US-Schuldendebatte hat sich die Tea Party ein weiteres Mal durchgesetzt. Von Mumia Abu-Jamal **6**

### Bilderschau

Von Tamm zu Turner: Zweierlei museal-maritime Schicksalsdeutung in Hamburg. Von Gerhard Wagner **10**

Wir sagen an dieser Stelle einfach mal:  
**Danke**



### Italien: Scharfe Kritik an Kürzungen



**Rom.** Der Gouverneur der Lombardei hat Widerstand gegen die von der italienischen Regierung geplanten drastischen Haushaltskürzungen angekündigt. Die vorgesehenen Einsparungen in Schlüsselbereichen wie Verkehr und bei Sozialleistungen hätten einen »bedrückenden Effekt«, erklärte Gouverneur Roberto Formigoni (Foto) am Freitag nach einem Treffen mit Vertretern seiner Regionalregierung. Sie schaden vor allem den ärmeren Teilen der Bevölkerung. Die Verwaltungen von Regionen, Provinzen und Städten müßten im kommenden Jahr bei den vorgesehenen Kürzungen sechs der insgesamt 20 Milliarden Euro übernehmen, sagte Formigoni. 2013 sind Streichungen von 25 Milliarden Euro vorgesehen. (dapd/jw)

### Krankenkassen leiten Pfändungen ein

**Berlin.** Wegen nicht gezahlter Zusatzbeiträge droht bis zu 150 000 Mitgliedern gesetzlicher Krankenkassen die Pfändung. Dies meldete Spiegel online am Freitag nach einer eigenen Umfrage bei den Hauptzollämtern, die das Geld für die Krankenkassen eintreiben. Die meisten säumigen Zahler – 13 000 – gibt es demnach in Berlin. Derzeit erhebt etwa jede zehnte der rund 150 Krankenkassen neben dem allgemeinen Beitragssatz von 15,5 Prozent noch einen Zusatzbeitrag von bis zu 15 Euro im Monat. Die Kassen gingen laut Spiegel online »mit aller Härte« gegen säumige Zahler vor und hätten den 22 Vollstreckungsstellen des Zolls die nötigen Daten weitergeleitet, um die Außenstände einzutreiben. Schlimmstenfalls könnten Vermögen oder Einkommen der Betroffenen gepfändet werden. Die SPD forderte am Freitag wegen ungeklärter rechtlicher Fragen eine Aussetzung der Zusatzbeiträge. (dapd/jw)

- für 28 Jahre Friedenssicherung in Europa
- für 28 Jahre ohne Beteiligung deutscher Soldaten an Kriegseinsätzen
- für 28 Jahre ohne Hartz IV und Erwerbslosigkeit
- für 28 Jahre ohne Obdachlosigkeit, Suppenküchen und »Tafeln«
- für 28 Jahre Versorgung mit Krippen- und Kindergartenplätzen
- für 28 Jahre ohne Neonaziplakate »GAS geben« in der deutschen Hauptstadt
- für 28 Jahre Geschichtswissenschaft statt Guidoknoppgeschichtchen
- für 28 Jahre Club Cola und FKK
- für 28 Jahre ohne Hedgefonds und Private-Equity-Heuschrecken
- für 28 Jahre ohne Praxisgebühr und Zwei-Klassen-Medizin
- für 28 Jahre Hohenschönhausen ohne Hubertus Knabe
- für 28 Jahre munteren Sex ohne »Feuchtgebiete« und *Bild*-Fachwissen
- für 28 Jahre Bildung für alle

